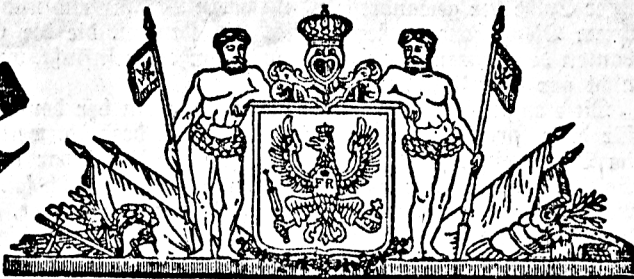


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein Chefredakteur Georg Bernhard, Vorantw. Redakteur (in Ausw. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentralo Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentralo verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Die Stimmung in Paris und London.

Französische Ablehnung, englische Zurückhaltung.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Wf Paris, 27. April.

An zuständiger französischer Stelle wurde mir heute mittag erklärt, die deutschen Vorschläge stellen zwar unlegbar einen Fortschritt im Vergleich mit den früheren Vorschlägen Deutschlands dar, doch sei es den Verbündeten unmöglich, diese als Verhandlungsbasis anzuerkennen. Präsident Harding sei durch die Botschafter Frankreichs und Englands von dieser Auffassung unterrichtet worden. Man nehme in Paris nicht an, daß er die deutschen Vorschläge den verbündeten Regierungen übermitteln werde. Man glaube ferner in Paris, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beabsichtige, etwa durch Verhandlungen mit den Verbündeten einerseits und mit Deutschland andererseits eine Aenderung der deutschen Vorschläge bis zur Erzielung einer Verständigung herbeizuführen. Nach Auffassung der französischen Regierung bleiben auch die neuen Vorschläge Deutschlands noch zu stark unter der in Paris vereinbarten Ziffer. Sie wurden ferner als „zu unbestimmt“ bezeichnet. Die Bedingung, daß die Verbündeten sofort auf die Sanktionen verzichten, wird als völlig unannehmbar bezeichnet.

Die französische Regierung verlangt nach meinen Informationen jedenfalls „greifbare Sicherheiten“ für die Einhaltung deutscher Angebote und macht ihre Haltung zu diesen Angeboten von dem Vorhandensein der Sicherheiten abhängig. Uebrigens seien die Sanktionen wegen jener Unterlassungen Deutschlands beabsichtigt, die man in Paris als Uebertretungen des Friedensvertrages aufsaßt, insbesondere wegen des Ausstehens der am 1. Mai fälligen 12 Milliarden Goldmark. Sollte Deutschland in den nächsten drei Tagen dem Wiedergutmachungsausschuß mitteilen, wie es die 12 Milliarden zu bezahlen gedenkt, und gleichzeitig eine Milliarde anzahlen und genügende Sicherheiten für die Abtragung der übrigen 11 Milliarden innerhalb einer bestimmten Frist bieten, so würde Frankreich die Sanktionen nicht in Kraft treten lassen. Die Sanktionen werden wohl nicht gleich am 1. oder 2. Mai zur Durchführung gelangen. Es würde sich aber, wie man mir sagt, nur um einen kurzen Ausschub handeln.

Eine Störung der französischen Absichten erwartet man hier weder von England, noch von einem der anderen Verbündeten. Insbesondere habe ich den Eindruck, daß die wiederholt an dieser Stelle betonte generelle Einigung zwischen London und Paris tatsächlich besteht, und daß hinreichende gegenseitige Bindungen vorliegen, die es der englischen Regierung unmöglich machen werden, sich der französischen Politik grundsätzlich entgegenzustellen.

Wf London, 27. April.

In hiesigen politischen Kreisen hat die jüngste deutsche Note an Amerika verhältnismäßig guten Eindruck gemacht. Man erkennt an, daß dadurch eine Grundlage geschaffen ist, auf der mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden kann. Eine unmittelbare Annahme der deutschen Vorschläge ist nämlich schon aus dem Grunde unmöglich, weil man den Wortlaut der deutschen Note an verschiedenen Stellen so unklar findet, daß recht mannigfache Deutungen möglich seien. Als dringend notwendig wird eine solche Klarstellung zum Beispiel bezüglich der Umdeutungen im § 12 bezeichnet. Dort wird von unproduktiven Ausgaben gesprochen, und dieser Begriff läßt verschiedene Deutungen zu. Der Hinweis darauf, daß „die Basis der deutschen Produktion nicht weiter eingeschränkt werden darf“, wird als Bedingung bezüglich Oberschlesiens aufgefaßt und würde bedeuten, daß die alliierten Mächte über den ganzen Vorschlag erst diskutieren könnten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien getroffen ist, da sie sich auf eine bedingte Entscheidung keinesfalls festlegen können und wollen. Aber abgesehen von diesen Einschränkungen scheint man erstaunt zu sein, daß Deutschland im letzten Augenblick mit diesem Angebot bis zu einer Grenze geht, die es im vorletzten Moment als unmöglich bezeichnet hat. Indes erkennt man hier an, daß der deutsche Vorschlag beinahe eine Anerkennung der Pariser Bedingungen ist. Bezüglich der noch bestehenden Differenzen hofft man hier, daß sich ein Ausweg finden wird. Auch bei der Regierung der Vereinigten Staaten soll der deutsche Vorschlag guten Eindruck gemacht haben.

Die Abendblätter drücken sich noch sehr zurückhaltend aus. Wie Reuter mitteilt, bewahrt die Regierung eine Haltung vollständiger Reserve. Auch das amtliche Büro weist auf die Unklarheiten in dem Text der Note hin und

bezeichnet das ganze Wort als flüchtig. Die Note zeige, daß sie in aller Eile entworfen worden sei, um vor dem entscheidenden Sonnabend greifbare Vorschläge herauszubringen. Anlässlich der Elastizität einiger Paragraphen sei Zurückhaltung dringend geboten. Die Ablehnung in der Pariser Presse hat wohl die hiesigen Zeitungen zu großer Vorsicht veranlaßt, obwohl die Stimmung heute vormittag namentlich auf der City, durchaus zuverlässig war.

*

Die hier wiedergegebenen Informationen unserer Korrespondenten in London und Paris zeigen den Eindruck, den die deutschen Vorschläge gemacht haben, in verschiedener Beleuchtung. Uebereinstimmend wird aber in beiden Meldungen darauf hingewiesen, daß diese verschiedene Temperatur nichts an der Tatsache ändert, daß weitgehende Bindungen zwischen England und Frankreich bestehen. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise die Uebereinstimmung zwischen London und Paris in den nächsten Tagen herbeigeführt wird. Vielleicht spielen dabei die Erläuterungen, die von der englischen Regierung durch ihren Berliner Botschafter verlangt worden sind, eine Rolle. Immerhin ist auch darauf hinzuweisen, daß die Pariser Meldung zunächst von einer Verschiebung des Termins der Sanktionen spricht und die Frage, ob über die allgemeine Reparation eine neue Vereinbarung möglich sei, zurückstellt, hinter der Forderung einer ersten Anzahlung, die in dem deutschen Vorschlag an Harding grundsätzlich zugesagt worden ist.

London, 27. April. (Havas.)

Nach Mitteilung aus zuständigen englischen Kreisen ist die Stellungnahme der englischen Regierung hinsichtlich der neuen deutschen Note durchaus abwartend. Vor allen Dingen ist der Wortlaut der Note noch nicht von dem amerikanischen Staatsdepartement übermittelt worden. Der einzige Text, den man besitzt, ist die Uebersetzung der Berliner Veröffentlichung. Man hat tatsächlich aus Washington bisher noch keinerlei Nachricht in dieser Hinsicht erhalten.

Die Vorschläge, die bisher bekanntgeworden sind, sind in bezug auf die Sicherheit zu zweideutig, und diese Zweideutigkeit macht weitere Erklärungen unbedingt notwendig. Es werden deshalb auch bereits Schritte unternommen, um diese Erklärungen sobald als möglich zu erhalten. Aufklärungen sind vor allen Dingen in bezug auf den ersten Paragraphen notwendig, denn allem Anschein nach legt Deutschland keinerlei Zeit fest, innerhalb deren die Jahresraten bezahlt werden müssen.

*

Wie wir hören, hat der englische Botschafter Lord d'Abernon gestern Reichsminister Simons aufgesucht, der ihm erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen machte.

Ministerrat in London und Paris

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wf London, 27. April.

Die englische Regierung hielt heute einen Kabinettsrat ab, zu welchem die Mitglieder vollständig erschienen waren. Gegenstand der Beratung waren die neuen deutschen Vorschläge. Ueber das Resultat ist bisher jedoch nichts zu erfahren gewesen.

Paris, 27. April. (W. L. P.)

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, vereinigten sich die Mitglieder des Ministeriums heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysee.

Auch Belgien gegen die Vorschläge.

Drahtmeldung.

London, 27. April. (Reuter.)

Der belgische Minister des Aeußern, Jaspar, wird bis nach dem Zusammentritt des Obersten Rates in London bleiben. Er erklärte, Belgien könne den deutschen Vorschlag, der nicht auf dem Pariser Uebereinkommen basiert sei, nicht annehmen. Seiner Meinung nach ist die letzte deutsche Note kein wirklicher Fortschritt. Jeder Vorschlag aus Berlin müsse auf den Pariser Bedingungen basieren.

Voucheur wohnte heute einer Zusammenkunft der Reparationsfachverständigen bei, die den deutschen Vorschlag prüften und der Meinung sind, daß er den französischen Forderungen in seiner jetzigen Form nicht zu entsprechen vermag. Voucheur sieht die deutsche Note nicht als ernsthaft an.

(Siehe auch zweite Seite.)

Propaganda.

Von

Georg Bernhard.

Von den Reichstagsabgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei sind in den letzten Tagen zwei Anfragen gestellt worden, durch die die Regierung ermuntert werden soll, das Material des Auswärtigen Amtes und des früheren Kriegsministeriums zu einer Propaganda in der Frage der Kriegsschuld zu benutzen. Daß bei derartigen Anfragen ein Teil der Antragsteller von parteipolitischen Agitationsbedürfnis geleitet wird, ist zweifellos. Aber ebensowenig kann bestritten werden, daß jeder einzelne Abgeordnete und mit ihnen nicht unerhebliche Kreise des deutschen Volkes des christlichen Glaubens sind, eine derartige Weltpropaganda könnte, wenn sie jetzt einsetzte, zu großen moralischen und damit vielleicht auch praktisch-politischen Erfolgen für das Deutsche Reich führen. Für diese Gläubigen wird die Behandlung der Anfragen im Reichstag von selten Andersdenkender und die vermutliche Weigerung der Regierung, auf die Anregungen der Antragenden einzugehen, wieder als ein neues Zeichen dafür hingenommen werden, daß es in Deutschland am richtigen „Gefühl der nationalen Würde und Ehre“ fehle.

Eine solche Schloßfolgerung würde völlig fehlgehen. Von ein paar unverbesserlichen Auslandsjeren und von wenigen masochistisch veranlagten Flagellanten abgesehen, gibt es in Deutschland keinen Menschen, der an die Wahrheit der im Versailler Friedensvertrag erzwungenen deutschen Selbstbezüchtigung glaubt. Selbst die gegenüber den Sünden des eigenen Volkes sehr kritischen hatten im schlimmsten Fall die letzte deutsche Vorkriegsregierung neben den Regierungen der anderen kriegsjührenden Länder für mitschuldig. Uer die Verteilung der Prozente der Mitschuld auf die einzelnen Länder kann man sehr verschiedener Ansicht sein. Darüber wird sich der Zeitgenosse ein klares Urteil vielleicht überhaupt nicht mehr bilden können. Erst wenn der Historiker auf Grund des Materials aller Archive sein Urteil fällen wird, darf die spätere Menschheit vielleicht einmal ein klares Bild von den Absichten und Zufällen, von den Ueberflughelten und Solpatzigkeiten erwarten, deren Zusammenstößen 1914 die lange orohende Weltkatastrophe hereinbrechen ließ. Dann auch wird sich vielleicht einmal entscheiden lassen, ob die hauptsächlichste Schuld demjenigen beigemessen werden muß, der durch die Schaffung einer unnatürlichen Koalition fremder Mächte eine Konfliktsatmosphäre in Europa schuf, die dauernd eine latente Gefahr für den Weltfrieden bildete. Oder demjenigen, der alle Gelegenheiten veräunzte, die gegebenen Momente einer Friedenskoalition zu sammeln, und nach dieser schweren Unterlassung sich über den Ernst der Situation so täuschte, daß er verhältnismäßig unbedeutende politische Zwischenfälle zur Lunte werden ließ, die alle Pulverfässer zum Explodieren brachte.

Daß unter diesen Umständen das gesamte deutsche Volk es als eine drückende Belastung empfindet, vor der Welt als der Alleinschuldige für das gesamte entsetzliche Ergebnis des Krieges hingestellt zu werden, ist klar. Und diese Empfindung drückt um so mehr, als die Ankläger noch auf das feierliche Eingeständnis im Versailler Vertrag hinweisen können. Gerade die ernstesten Deutschen, die über solche Beschuldigungen nicht leichtfertig zur Tagesordnung übergehen können, haben den glühenden Wunsch, diese Belastung nicht auf Kinder und Kindeskinde zu vererben. Und aus diesem Wunsche heraus ist es begreiflich, daß sie möglichst nicht einen Tag verjäumen möchten, um den Feldzug gegen die Deutschland belastende Lüge zu eröffnen.

Und doch wäre nichts verhängnisvoller, als diesen Wünschen jetzt stattzugeben. Eine Regierung würde pflichtvergesen handeln, die nicht sorgsam alles Material über die Kriegsentziehung in ihren Archiven sammelt und sichten ließe, damit es vorhanden wäre, wenn es gebraucht wird. Aber jede Regierung würde vollkommen unpolitisch handeln, die jetzt auch nur einen Teil der Arbeit darauf verschwendete, das Material für eine mehr oder weniger planvolle Propaganda frei zu geben oder selbst auszunutzen. Wenn sich das Wesen der Propaganda erschöpfte, Richtiges zu behaupten und diese Behauptung in Millionen von Exemplaren drucken und über die Welt verzerren zu lassen, so wäre Propaganda das leichteste Ding von der Welt. Das würde aber voraussetzen, daß die Welt eines Sinnes wäre, und daß das, was der Propagandist aus tiefer Ueberzeugung der Richtigkeit heraus herbeibringt in die Welt ruft, dort auch Glauben findet. Ueber ist dem aber nicht so. Erst die Welt ist nicht rechtfertig die Propaganda. Und die Wirkung einer Propaganda ist nicht allein davon abhängig, was und wie irgend etwas gesagt wird, sondern sie fordert einen günstigen Resonanzboden.

Als vorgestern Minister Simons im Reichstag mitteilte, wie sehr ihr bei seinem letzten Aufenthalt in der Schweiz die ungünstige Meinung erschreckte, die selbst bei wohlgesinnten Neutralen über Deutschlands Absichten verbreitet ist,